

CH_VB 87.071 vom 17. März 1988

Bundesverwaltung, 1988-03-17, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_87.071

FR: CH_VB 87.071 du 17 mars 1988

IT: CH_VB 87.071 del 17 marzo 1988

Erwägungen

E. 17

März 1988 N 397 Begrenzung der Einwanderung. Volksinitiative Saisonbewilligungen mit 156 000 pro Jahr erheblich zu hoch ist und dass auf diese Art und Weise die Stabilisierungsziele, die unter dem Schock der Schwarzenbach-Initiative nach der Abstimmung vom Juni 1970 festgelegt wurden, nicht zu erreichen sind. Das Saisonierstatut - das sage ich deutlich - ist ein abzuschaffendes Statut, und jene strukturschwachen Branchen, die sich nur dank der billigen Saisonarbeitskraft am Leben erhalten können, sollten sich jetzt, nach zwanzig Jahren Ausländerpolitik-Diskussion, endlich einmal bequemen, ihre Strukturen zu überprüfen und die Struktur-erhaltung aufzugeben. Ähnliches gilt für die ganze Frage der Grenzgänger. Es ist darauf hingewiesen worden, dass hier Mitsprachen zu berücksichtigen sind. Das ist im wesentlichen die Politik des Gewerkschaftsbundes; sie ist im übrigen - ich habe es gesagt - schon dargelegt worden. Mir geht es hier um ein weiteres. Es kann zur Initiative nur «nein» heissen, und es kann nur eine kilometerweite Distanzierung von den Initianten geben, und im Abstimmungskampf kann es nur heissen: Aufklärung, Aufklärung und noch einmal Aufklärung! Wenn ich biblisch werden dürfte - das ist mir wohl untersagt -, so würde ich auf das erste Buch Mose, Kapitel 11 hinweisen, auf den Turmbau zu Babel, wo diese verrückten Wachtumsgläubigen gedacht haben, sie könnten einen Turm bauen bis in den Himmel. Die Wachstumseuphoriker der fünfziger und sechziger Jahre haben auch geglaubt, man könne einen solchen Turm bauen, einen Geldturm, einen Turm, um sehr viel Geld zu verdienen; man hatte aber dafür nicht genügend Arbeitskräfte und holte eine Million Menschen aus aller Herren Länder in dieses Land. Man hat keinen der bereits hier lebenden Einheimischen gefragt, ob er das auch gut und lustig finde! Man hat diese Menschen einfach geholt. Man hätte ja im Prinzip die Fabrikhallen zu diesen Menschen bringen können. Das hat man nicht gewollt. Und wer hat politisch die Zeche für diese Übung bezahlt? Ich stehe hier als Gewerkschafter, als Sozialdemokrat, und ich sage Ihnen: Wir haben seit zwanzig Jahren im Vierjahres- oder im Zweijahresrhythmus - je nachdem, welche Wahlen Sie annehmen wollen - die Zeche für diese wachstumseuphorische, rücksichtslose Arbeitgeberpolitik bezahlt. Ich muss Ihnen noch eines sagen: Ich habe bei allen fünf Nummern die Versammlungen besucht und habe die Initiativen bekämpft. Ich werde auch diesmal vor meine Leute treten und das Nein mit allem Nachdruck vertreten. Eines aber sage ich Ihnen: Es gab eine Sekunde, in der ich mich gefragt habe, ob ich das noch jemals tun würde: An diesem

E. 20

016 196 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino

ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.